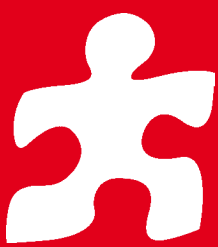


NR. 2 2012

Pub. Verlagspostamt 1010 Wien
Zulassungsnummer. GZ 042035491 W



weltnachrichten

INFORMATIONEN DER ÖSTERREICHISCHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

**Rio+20:
nachhaltige
Entwicklung im
Brennpunkt**

Österreichische

 Entwicklungszusammenarbeit

editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

20 Jahre nach der ersten UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio versammeln sich im Juni 2012 erneut Regierungsspitzen und Staatsoberhäupter aus aller Welt in der zweitgrößten Stadt Brasiliens. Von der Aufbruchsstimmung der 1990er-Jahre ist nicht viel übrig geblieben. Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik sind zwar mittlerweile zu einer Selbstverständlichkeit geworden, die Auswirkungen des Klimawandels, Bevölkerungswachstum und knapper werdende Ressourcen mahnen jedoch zu rascherem Handeln und zum Nachschärfen der internationalen Politik. Ob das Konzept von Green Economy ein Hebel dafür sein kann, wird bereits seit einiger Zeit diskutiert und beim bevorstehenden Gipfel eine der zentralen Fragen sein. Lesen Sie auf den folgenden Seiten über Erwartungen an Rio+20 und über andere Themen, die die nachhaltige Entwicklung – nicht nur bei der Konferenz – mitbestimmen werden.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

die Redaktion

oeza.info@ada.gv.at

inhalt

THEMA

Höchste Zeit für neue Impulse	3
Boden, Wasser und Strom:	
Die Verbindung macht's	5
Alles im grünen Bereich?	6
Wie viele Ziele braucht es für eine nachhaltige Welt?	8
Green Economy – ein neues „ökonomisches“ Paradigma?	9
Der Weg nach Rio 2012	10
Verbündete im Klimaschutz	11
Für ein gutes Leben für alle	12

PANORAMA

Alles andere als sicher: die tägliche Mahlzeit	13
Das Land unter dem Vergrößerungsglas	14

SERVICE

Kurznachrichten	15
Personalia	16
Impressum	16

Neue Anstöße zu nachhaltigem Handeln



© HOPF Media/Ingrid Sontacchi

Der Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 gilt als der wichtigste Meilenstein auf dem Weg zu nachhaltiger Entwicklung. Die Ergebnisse – Klimarahmen-, Biodiversitäts- und Wüstenkonvention sowie das Aktionsprogramm Agenda 21 – sind bis heute wegweisend. Ende Juni wird sich die internationale Gemeinschaft erneut in Rio treffen. Rio+20 bietet eine historische Chance, das Konzept der nachhaltigen Entwicklung zu bekräftigen und mit neuer politischer Kraft zu füllen. Im Vorfeld der Konferenz wurde Green Economy als Kernthema identifiziert.

Österreich sieht die grüne Wirtschaft als Gebot der Stunde, nachhaltiges Wirtschaften für die kommenden Generationen zu ermöglichen. Grüne Arbeitsplätze sind in allen Industrieländern am Wachsen und weisen die höchste Zuwachsrate bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze aus. Green Economy greift in viele Lebensbereiche ein, darunter Ernährungssicherheit, Ozeane, Abfallwirtschaft, Energie und Wasser.

Österreich hat die Bedeutung von Energie als entscheidenden Faktor für nachhaltige Entwicklung bereits sehr früh erkannt und setzt sich insbesondere für die Umsetzung der Initiative von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon „Nachhaltige Energie für alle“ und ihrer drei Energieziele ein, nämlich Sicherstellung des universalen Zugangs zu moderner und sauberer Energie, Verdopplung der Steigerungsrate der Energieeffizienz und Verdopplung des Anteils erneuerbarer Energie am globalen Energie-Mix.

Seit Jahren fördert die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Westafrika, Zentralamerika sowie im Pazifik und in der Karibik Projekte, die den Zugang zu modernen, nachhaltigen und verlässlichen Energiedienstleistungen verbessern. Außerdem unterstützt Österreich die „Green Industry“-Initiative der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO), die auf die Verbesserung der Ressourcenproduktivität, die Minimierung negativer Umweltauswirkungen sowie auf die Förderung von Industrien, die Umwelt-Güter und -Dienstleistungen produzieren, abzielt.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und die Oesterreichische Entwicklungsbank sprechen mit dem gemeinsamen Förderprogramm Wirtschaftspartnerschaften gezielt heimische Unternehmen an, die in Entwicklungs- und Schwellenländern in faire Geschäftsmodelle, Energieeffizienz, intelligenten Ressourcenschutz oder ökologische Landwirtschaft investieren.

Nachhaltige Entwicklung braucht mehr als nur guten Willen. Sie muss international mit großem Engagement und besonderem Nachdruck verfolgt werden. Österreich erwartet von Rio+20 eine Weichenstellung zur Gestaltung einer internationalen Zusammenarbeit, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Entwicklungsziele versöhnt. ■

Wolfgang Waldner

Staatssekretär im Bundesministerium

für europäische und internationale Angelegenheiten



Höchste Zeit für neue Impulse

Nach der Konferenz in Rio 1992 und dem Gipfel in Johannesburg 2002 werden von 20. bis 22. Juni in Brasilien Staatsoberhäupter und RegierungsvertreterInnen aus aller Welt einmal mehr darüber verhandeln, wie globale Entwicklung nachhaltig gestaltet werden kann. Worum geht's aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit?

Rio+20 ist eine gute Gelegenheit, die Notwendigkeit verstärkten politischen Engagements für nachhaltige Entwicklung wieder ins Bewusstsein zu rücken. Denn ohne Umdenken drohen die weitere Übernutzung und irreversible Zerstörung der natürlichen Ressourcen. Auch der Kampf gegen den Klimawandel erfolgt nur zögerlich, und noch immer gilt knapp eine Milliarde Menschen als unterernährt und hat keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser.

Potpourri an Themen

Entsprechend viele Themen werden bei der Konferenz besprochen, wobei sich die Diskussion auf zwei Kernthemen konzentriert: Erstens geht es um den Aufbau einer grünen bzw. nachhaltigen Wirtschaft, die ohne Umweltzerstörung und ohne noch mehr klimaschädliche Treibhausgasemissionen auskommt und weltweit zu Armutsreduktion beiträgt. Zweitens beschäftigt sich Rio+20 mit der Frage, wie Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene besser koordiniert werden können. Zur Debatte steht unter anderem, ob das Umweltprogramm der UNO zu einer eigenständigen Sonderorganisation aufgewertet werden soll.

Ein weiterer Diskussionspunkt wird sein, in welchen Sektoren und Querschnittsthemen prioritär Fortschritte nötig sind. Diese Schlüsselbereiche sollen den Rahmen für die künftige Umsetzung nachhaltiger Entwicklung bilden. Die

Liste, die in den Entwurf des Schlussdokuments Eingang gefunden hat, beinhaltet unter anderem die Themen Ernährungssicherung, Wasser, Energie, grüne Jobs und soziale Inklusion, Ozeane, Klimawandel, Wald und biologische Vielfalt, Landdegradation und Verwüstung, Berge, Chemikalien und Abfälle, nachhaltiger Konsum und Produktion, Erziehung und Geschlechtergerechtigkeit. Zur Umsetzung und Überprüfung der Fortschritte sollen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals) formuliert werden. Diese würden für alle Staaten gleichermaßen gelten und könnten die Millenniumsziele der UNO ergänzen und stärken.

Unterschiedliche Erwartungen

Die Erwartungen an den Gipfel gehen auseinander. Die Europäische Union etwa erhofft sich klare operative Ziele, konkrete Maßnahmen auf nationaler oder internationaler Ebene und entsprechende Fristen. Sie setzt sich für eine gemeinsame Richtschnur für die Umgestaltung der bisherigen Wirtschaftspolitik zu Green Economy ein. Auch die Idee, Nachhaltigkeitsziele zu formulieren, stößt bei den Mitgliedsländern auf positive Resonanz.

Der bisherige Verhandlungsverlauf lässt allerdings eher unverbindliche Bekenntnisse und Beliebigkeit in der Umsetzung erwarten. Vor allem zivilgesellschaftliche Organisationen sind skeptisch; auch die Entwicklungsländer ge-



Maßnahmen in den Bereichen Wasser, ländliche Entwicklung und Energie müssen bereits in der Planung gut abgestimmt werden.

ben sich eher zurückhaltend. Sie misstrauen dem Konzept von Green Economy und befürchten protektionistische Maßnahmen zum Schutz der Märkte im Norden. Die Sorge hält sich, obwohl der Entwurf des Schlussdokuments von allen das Bekenntnis einfordert, keine neuen Handelsbarrieren oder Konditionalitäten einzuführen.

Nächste Schritte

Unbestritten ist, dass die Konferenz interessante entwicklungspolitische Impulse setzen wird, die über den Entwurf von allgemeingültigen Nachhaltigkeitszielen hinausgehen:

- Alle Länder sollen mit Rücksicht auf die jeweiligen Gegebenheiten ihre eigenen Strategien für Green Economy entwickeln. Die Entwicklungsländer sollen auf internationale Unterstützung zählen können. Nord-Süd-Kooperationen, trianguläre und Süd-Süd-Kooperationen sind gleichermaßen zu fördern und zu nutzen.
- Neben dem erneuten Bekenntnis der reichen Länder, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfeleistungen aufzuwenden, werden neue und zusätzliche Finanzierungsquellen und Instrumente gefordert. Im Fokus stehen Instrumente, die für den Privatsektor einen Anreiz bieten, in grüne Produktion und nachhaltige Wertschöpfungsketten zu investieren.
- Eine internationale Wissensplattform zur Umgestaltung in Green Economy soll entstehen. Gefordert wird auch der Aufbau eines Programms zur Entwicklung der Kapazitäten in Entwicklungsländern, das regional-, länder- und sektorspezifisch umgesetzt werden soll.

Das vielleicht wesentlichste Verdienst der Konferenz wird sein, dass sie den Wert der natürlichen Ressourcen und Ökosystemleistungen wieder stärker ins Bewusstsein der politischen EntscheidungsträgerInnen und Institutionen rückt. Die Entwicklungsländer sind von den natürlichen Ressourcen besonders abhängig und auf nachhaltiges und

breites Wachstum angewiesen. Gerade für diese Länder sind daher die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von Ressourcenverschleiß und Umweltbelastungen, der Schutz der Ökosystemleistungen sowie Investitionen in die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen besonders wichtig.

Österreichische Schwerpunkte

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit macht sich seit vielen Jahren für Umweltschutz und das nachhaltige Management der natürlichen Ressourcen stark und unterstützt entsprechende Programme und Projekte in den Partnerländern. Zu den Schwerpunkten zählen Wasserversorgung und Siedlungshygiene, erneuerbare Energie und ländliche Entwicklung. Gerade in Zusammenhang mit Green Economy sind diese drei Bereiche in enger Verbindung zu sehen. Maßnahmen in einem der Sektoren haben meist Auswirkungen auf die anderen. Um Zielkonflikten vorzubeugen, müssen Wasser, Energie und ländliche Entwicklung in ihrem Wirkungszusammenhang – als Nexus – verstanden und Synergien genützt werden. Agrartreibstoffe beispielsweise sind so betrachtet negativ einzuordnen: Sie tragen zwar zur Reduktion von Treibhausgasemissionen bei, können aber die Produktion von Nahrungsmitteln und damit die Ernährungssicherheit gefährden. Positiv bewertet wird hingegen etwa die Wiederaufbereitung von Abwasser in Kombination mit verbesserten Bewässerungsmöglichkeiten in der Landwirtschaft.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit will den Nexus-Ansatz in Rio unterstützen. Darüber hinaus wird Österreich den Partnerländern im politischen Dialog sowie bei den Transformationsprozessen und beim Aufbau institutioneller Kapazitäten für Green Economy zur Seite stehen. Am wichtigsten ist, dass die ärmsten Bevölkerungsgruppen am meisten von den Maßnahmen profitieren. ■

Erwin Künzi

Umwelt und natürliche Ressourcen in der ADA

Robert Burtscher

Wasser und Siedlungshygiene in der ADA



Green Economy soll Ernährung nicht gefährden, sondern sichern helfen.

Boden, Wasser und Strom: Die Verbindung macht's

Im Einzugsbereich des Grenzflusses Akanyaru leben rund 834.000 Menschen, ein Drittel in Ruanda, zwei Drittel in Burundi. Die Region ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete im ländlichen Subsahara-Afrika. Knappe Ressourcen erfordern umfassende Lösungsansätze.



© ADA/Robert Burtscher

Terrassenfelder stoppen die Boden-erosion und ermöglichen die Bewirtschaftung der Hügelgebiete in Ruanda und Burundi.

Regelmäßige Analysen der Klimadaten zeigen, dass die jährliche Niederschlagsmenge im Akanyaru-Einzugsgebiet in der letzten Dekade im Vergleich zu den 1960er- bis 1980er-Jahren um zirka 20 Prozent zurückgegangen ist. Der Regen fällt oft mit hoher Intensität. Der rasche oberflächliche Abfluss des Wassers von den Hügeln Ruandas und Burundis führt zu Bodenerosion und verstärkt den Druck auf die natürlichen Ressourcen. Diese reichen für die rasant wachsende Bevölkerung kaum mehr aus. Die Menschen müssen auf immer kleineren Äckern mit schlechter werdenden Böden und weniger Regen genügend Nahrungsmittel für den Eigenbedarf produzieren. Gleichzeitig haben sie dafür zu sorgen, dass die natürlichen Wasserspeicher der ufernahen Feuchtgebiete und kleinen Seen auch für künftige Generationen bestehen bleiben und nicht verlanden.

Energieversorgung mit Tücken

Ein weiterer Faktor verschärft die ohnehin prekäre Situation: Die Region braucht dringend Energie, um die spärliche wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Ein Kraftwerk in Rusomo am Kagera-Fluss an der tansanisch-ruandischen Grenze mit einer Leistung von 90 Megawatt soll die Stromversorgung sichern. Das gestaute Wasser kommt dabei auch aus dem Akanyaru-Einzugsgebiet. Ein hoher

Sedimentanteil im Akanyaru-Fluss würde zu einer raschen Verlandung des Rusomo-Stausees führen und muss deshalb durch Erosionsschutzmaßnahmen verhindert werden. Dies erfordert abgestimmtes Vorgehen und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Energiewirtschaft, Landwirtschaft und Wassermanagement.

Grenzüberschreitendes Wassermanagement

Ein langjähriger Partner der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist die weltweit tätige Netzwerkorganisation Global Water Partnership. Diese verfügt über große Erfahrung in grenzüberschreitendem Wasserressourcenmanagement. Im Fall des Akanyaru-Einzugsgebietes arbeitet sie eng mit den zuständigen nationalen und lokalen Regierungsstellen in Ruanda und Burundi zusammen. Gemeinsam werden die jährlichen Distrikt-Arbeitspläne und die nationalen Entwicklungspläne überarbeitet und Aktivitäten integriert, die für die nachhaltige Bewirtschaftung des Gebietes wichtig sind. Berücksichtigt werden müssen auch die grenzüberschreitenden Interessen und wasserrechtlichen Verpflichtungen. Denn alle wasserbaulichen Maßnahmen sowie veränderte Landnutzung oder neue Anbaupraktiken wirken sich darauf aus, wie viel Wasser die Bevölkerung und die Energieversorger zur Verfügung haben.

Global Water Partnership arbeitet mit den Partnern vor Ort auch konkrete wasserwirtschaftliche Investitionsprojekte aus. Dabei wird der sogenannte „no-regret“-Ansatz angewendet, der bereits in der Planung mögliche Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt.

Das Beispiel zeigt: Nur ein Zusammenspiel von Maßnahmen in den Bereichen Wasser, Energie und Nahrung führt zu besseren Lebensbedingungen. Sektorübergreifendes Handeln ist für nachhaltige Entwicklung unerlässlich, geschieht aber kaum, wie etwa der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon, beklagt. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wird den Nexus-Ansatz jedenfalls weiter verfolgen. ■

Robert Burtscher
Wasser und Siedlungshygiene
in der ADA

Alles im grünen

Die Wirtschaft soll in Zukunft grüner werden. Bleiben bei diesem Rezept wichtige Aspekte nachhaltiger Entwicklung auf der Strecke oder ist dieser Weg ein Gewinn für alle? Über die Bedeutung von Green Economy gibt es in der Vorbereitung auf Rio+20 heftige Debatten. Gunter Schall, in der Austrian Development Agency für Wirtschaft und Entwicklung zuständig, und Daniel Bacher von der Dreikönigsaktion, erläutern – getrennt voneinander befragt – ihren Zugang zum Thema.



© ADA/Frank Helmrich

Herr Schall, wie definieren Sie Green Economy?

Green Economy ist eine Wirtschaftsweise, die sich nicht nur an wirtschaftlichen Gewinnen, sondern auch an ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Inklusion ausrichtet. Bereits in den 1970er-Jahren wurde die Bedeutung der Wechselwirkungen zwischen Entwicklung und Umwelt diskutiert; die UN-Konferenz 1992 in Rio rückte das Prinzip nachhaltiger Entwicklung als Balance zwischen Wirtschaft, Sozialem und Umwelt in den Mittelpunkt des internationalen politischen Diskurses. Angesichts der Wirtschaftskrise und des Klimawandels ist diese Debatte im Jahr 2012 aktueller denn je.

Wer würde von diesem Konzept am meisten profitieren?

Menschen in Entwicklungsländern sind besonders hart von Armut, den Folgen des Klimawandels und von Umweltzerstörung betroffen. Sie müssen, wenn das Konzept konsequent verwirklicht wird, am meisten profitieren. Aber auch Unternehmen, die mit entsprechend innovativen Gütern und Dienstleistungen – etwa im Bereich erneuerbare Energien – aufwarten können, gehören zu den Gewinnern.

Kann Green Economy zu schnellerer Armutsminderung führen?

Green Economy ist vielleicht nicht der schnellste, aber sicher der nachhaltigste Weg zu Armutsminderung. Das Wachstum, das die Menschen dauerhaft aus der Armut holt, muss vom Ressourcenverbrauch losgelöst sein. Eine grüne Wirtschaft bildet die Basis für langfristige Produktionssicherung, Ernährungssicherheit und Einkommensgenerierung. Sie erhöht die Widerstandskraft gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels.

Bringt der Privatsektor neue Dynamik in die internationale Entwicklungszusammenarbeit?

Der Privatsektor ist mit seinen Investitionen und Innovationen der Motor von Green Economy. Um Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch voneinander zu trennen, bedarf es neuer Technologien. Und es sind neue Geschäftsmodelle erforderlich, um ökologisch nachhaltiges und sozial gerechtes Wachstum zu erreichen. Die grüne Transformation kann nur gelingen, wenn sie aus unternehmerischem Eigeninteresse erfolgt.

Green Economy braucht daher eine neue Ordnungspolitik und effiziente Institutionen: Ein passendes Anreiz- und Sanktionssystem muss sicherstellen, dass ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit bei Produktions- und Konsum-Entscheidungen berücksichtigt werden und ein Wettbewerb um die besten Lösungen entsteht. ■

Gunter Schall

Leiter Wirtschaft und Entwicklung
in der ADA

Bereich?

Herr Bacher, wie definieren Sie Green Economy?

Bisher gibt es keine einheitliche Definition. Für uns ist grüne Wirtschaft eine, die zu Wohlstand für alle im Sinne eines guten Lebens innerhalb ökologischer Grenzen beiträgt. Grüne Wirtschaft muss mehr sein als grüne Investitionen in Sektoren wie beispielsweise Energie, Bauwesen oder Verkehr. Sie muss auch zu sozialer Inklusion und Gerechtigkeit beitragen und die Grenzen der Belastbarkeit unseres Ökosystems berücksichtigen. Vor allem muss die Ressourceneffizienz schneller steigen als die Wirtschaftsleistung, damit die Umweltbelastung nicht noch größer wird. Wichtig ist aber auch zu definieren, was Green Economy nicht beinhalten soll: Investitionen in Gen- und Biotechnik, Geo-Engineering oder ähnlich riskante Technologien und die Kommodifizierung von Naturkapital, also die Natur zur Ware zu machen.

Wer würde von diesem Konzept am meisten profitieren?

Eine Win-Win-Win-Situation für Wirtschaft, Soziales und Ökologie hat es im 20. Jahrhundert nicht gegeben. Die soziale Marktwirtschaft hat zu hohem Wachstum und breiterem Wohlstand auf Kosten der Natur geführt. Im Neo- und Sozialliberalismus ist die Wirtschaft weiter gewachsen, zugleich ist die Schere zwischen Arm und Reich auseinandergegangen. Nachhaltige Entwicklung hat angesichts des unverändert hohen Ressourcenverbrauchs und steigender Emissionen nur diskursiv eine Rolle gespielt. Green Economy versucht nun einen neuen Anlauf in Richtung Öko-Kapitalismus. Profitieren werden vermutlich einzelne Sektoren und Regionen. Die Entwicklungsländer stehen dem vagen Konzept kritisch gegenüber. Sie fürchten einen neuen grünen Protektionismus, neue Konditionalitäten und die Aufweichung des Prinzips der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung und anderer Errungenschaften aus dem Rio-Gipfel von 1992.

Kann Green Economy zu schnellerer Armutsminderung führen?

Die Fortschritte bei der weltweiten Armutsreduzierung sind bisher eher gering – Ausnahmen sind China und Indien. Die ökologische Situation hat sich global und insbesondere in China und Indien verschlechtert. Die globale Ungleichheit ist seit den 1980er-Jahren sogar gestiegen. Eine grüne Wirtschaftsweise, die primär auf technologische Investitionen, die Bewertung von Ökosystemdienstleistungen und freiwillige Selbstverpflichtungen des Privatsektors setzt, kann hierfür kaum einen Turnaround bringen und



sogar kontraproduktiv sein (Stichwort Agrosprit). Ohne Fortschritte in der Klimapolitik könnten bisherige kleine Erfolge in der Armutsminderung wieder ins Gegenteil verkehrt werden.

Bringt der Privatsektor neue Dynamik in die internationale Entwicklungszusammenarbeit?

Angesichts der Finanz-, Wirtschafts-, Klima- und Ernährungskrise bietet Green Economy einen attraktiven Ausweg: Umweltschutz und Wachstum können ohne mühsame internationale Klimaverhandlungen miteinander verbunden werden. Klarerweise kommt dadurch eine neue Dynamik in die Entwicklungszusammenarbeit, obwohl die Wirtschaft bereits seit den Strukturanpassungsprogrammen der 1980er-Jahre stark im Zentrum steht. Investitionen in eine inklusive und ressourcenschonende grüne Wirtschaft sind auch notwendig. Diese darf aber kein Ersatz für eine Politik nachhaltiger Entwicklung sowie verbindliche internationale Abkommen werden. Die politische Verantwortung für die Verwirklichung der Menschenrechte darf nicht dem Privatsektor übertragen werden. ■

Daniel Bacher

ist Projektreferent für Afrika und Anwaltschaftsreferent für Zivilgesellschaft und Menschenrechte bei der Dreikönigsaktion – Hilfswerk der katholischen Jungchar (DKA).

DKA

Die DKA fördert die Teilnahme von Partnerorganisationen am Rio+20-Prozess, engagiert sich in der österreichischen zivilgesellschaftlichen Initiative „Rio+20 – Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“ und wird in Rio vertreten sein.

→ www.dka.at

Wie viele Ziele braucht es für eine nachhaltige Welt?

Grüne Wirtschaft und der notwendige institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung – auf diese beiden Themen werden sich die hochrangigen StaatsvertreterInnen beim bevorstehenden Gipfel in Rio konzentrieren. Immer deutlicher zeichnet sich jetzt die Formulierung konkreter Ziele als dritte Säule der Konferenz ab.

Zur Jahrtausendwende fassten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen den Beschluss, gemeinsam gegen Armut und Hunger auf der Welt anzugehen. Seither bestimmen die acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) mit ihren Teilzielen und Indikatoren den entwicklungspolitischen Fahrplan der internationalen Gemeinschaft. Die Frist ist mit 2015 festgesetzt; verwirklicht werden können die MDGs vermutlich nur zum Teil.

Angelehnt an dieses Modell schlug Kolumbien im Vorbereitungsprozess für Rio+20 nun die Formulierung konkreter Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) vor. Die Idee wird seither breit diskutiert. Die neuen Ziele sollen die MDGs nicht ersetzen, sondern vielmehr darauf aufbauen und die internationale Entwicklungs-Agenda nach 2015 mitbestimmen. Im Unterschied zu den Millenniumszielen, die vor allem die Entwicklungsländer im Blick haben, sollen die Nachhaltigkeitsziele von universellem Charakter sein.

Verhandlungen mit ungewissem Ausgang

Ob die Ziele in Rio bereits konkret definiert werden oder erst ein Prozess auf politisch-wissenschaftlich-technischer Ebene eingeleitet wird, der zu ihrer Formulierung führt, ist noch unklar. Verschiedene Entwürfe liegen bereits vor. Während einige stärker auf die Umwelt ausgerichtet sind, unterstreichen andere eher die ökonomisch-soziale Dimension nachhaltiger Entwicklung. Als zentrale Punkte kristallisieren sich immer mehr die Bereiche Energie, Wasser, Ozeane/Fischerei, Städte, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Soziales sowie Ressourceneffizienz heraus.

Österreich zieht mit

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten haben sich bisher zwar nicht auf konkrete Themen festgelegt, aber in den Rats-



schlussfolgerungen vom 10. Oktober 2011 und 9. März 2012 Positionen zu einigen prioritären Bereichen entwickelt. Österreich unterstützt die EU-Haltung und beteiligt sich in den entsprechenden Gremien an den Debatten.

Klar definierte Nachhaltigkeitsziele sind zeitgemäß und wichtig für den Weg der internationalen Gemeinschaft nach 2015. Die Millenniumsziele werden sie aber nicht ersetzen können, denn sie beziehen sich auf alle und nicht exklusiv auf die Entwicklungsländer. Auch wurde die soziale Dimension eines nachhaltigen Entwicklungsprozesses bisher nur wenig beachtet. Österreich wird sich dafür einsetzen, dass Umwelt, Wirtschaft und Soziales als die drei zentralen Säulen von Nachhaltigkeit gleichermaßen berücksichtigt werden. ■

Gabriel Kramarics

*Abteilung für multilaterale Entwicklungszusammenarbeit
im Außenministerium*

Green Economy – ein neues „ökonomisches“ Paradigma?

Vor einem Vierteljahrhundert wurde durch den Brundtland-Bericht der UNO das Konzept nachhaltiger Entwicklung aus der Taufe gehoben. Dennoch sieht die Zukunft unseres Planeten unter den derzeitigen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Bedingungen nicht rosig aus. Die Konferenz in Rio birgt die Chance, die notwendige Wende einzuleiten.



Schonungsloser Umgang mit der Natur: 60 Prozent der Ökosysteme sind bereits zerstört.

Trotz globaler Krisen ist die Weltwirtschaft weiter gewachsen. Einen umfassenden Entwicklungsprozess gab es jedoch nicht. Profitiert haben vor allem die asiatischen Länder, in Afrika südlich der Sahara hingegen sind die Menschen weiterhin von großer Armut betroffen. Ermöglicht hat das Wachstum der rasante Raubbau an den natürlichen Ressourcen, der kaum Zeit für die Wiederherstellung der Bestände lässt. Das Ergebnis: Mehr als 60 Prozent der wichtigsten Ökosysteme, von denen die Lebensbedingungen insbesondere der armen und an den Rand gedrängten Bevölkerungsgruppen abhängen, sind zerstört. 925 Millionen Menschen sind unter- oder mangelernährt, obwohl weltweit ausreichend Nahrungsmittel produziert werden.

Von „brauner“ ...

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik treibt die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und soziale Ungerechtigkeit weiter voran. Sie wird daher oft als „Brown Economy“ bezeichnet. Ohne Umdenken und konkrete Gegenmaßnahmen wird sich der Wettstreit um Land, Wasser und Energie ebenso verstärken wie die Auswirkungen des Klimawandels. Das soziale Ungleichgewicht und der Druck auf die natürlichen Ressourcen werden in einem nie da gewesenen Ausmaß zunehmen. Und die Bedürfnisse der für das Jahr 2050 prognostizierten neun Milliarden Menschen werden nicht mehr zu erfüllen sein, da der Planet schon jetzt seine Grenzen erreicht.

... zu „grüner“ Wirtschaftsentwicklung

Green Economy ist ein möglicher Weg, nachhaltige Entwicklung so zu gestalten, dass sie „den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befrie-

digen und ihren Lebensstil zu wählen“ (Brundtland-Bericht, 1987). Dazu braucht es jedoch weltweites gemeinschaftliches Engagement. Die politischen Spitzen sowie Zivilgesellschaft und Unternehmen müssen sich dazu verpflichten; Industrie- und Entwicklungsländer sind gleichermaßen gefordert, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen.

Green Economy wird auch in Rio ein Thema sein – ein gutes Zeichen dafür, dass beim Gipfel Antworten auf globale Herausforderungen erwartet werden können. Wegen des Umfangs der Aufgaben ist jedoch damit zu rechnen, dass sich die Konferenz vor allem auf die unmittelbar notwendigen Maßnahmen konzentrieren wird, um Schlüsselpersonen an Bord zu holen und konkrete Schritte einzuleiten. So bedarf es für den weltweiten Wechsel zu Green Economy etwa eines praktischen Rahmens für eine wirtschaftliche Entwicklungsplanung, die soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit gleichermaßen im Blick hat. Ebenso wichtig wären die Einigung auf globale Mechanismen, die verhindern, dass sich internationale Akteure die Ressourcen armer Länder und Gemeinschaften aneignen können, sowie förderliche Handelsbedingungen.

Die Erwartungen an Rio+20 sind hoch. Es ist zu hoffen, dass diese auch erfüllt werden. ■

Habtemariam Kassa

ist ein führender Wissenschaftler im Forest and Livelihood Programme des Centers of International Forestry Research (CIFOR) in Äthiopien.



© ADA/Frances Lathica



Beim Gipfeltreffen in Rio erwartet sich Elfriede-Anna More vom Lebensministerium ein klares Bekenntnis der internationalen Gemeinschaft zu nachhaltiger Entwicklung.

Der Weg nach Rio 2012

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Seit dem Gipfel in Rio vor 20 Jahren hat die internationale Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik einiges bewirkt, meint Elfriede-Anna More. Die Leiterin der Abteilung für internationale Umweltangelegenheiten im Lebensministerium ist intensiv am Vorbereitungsprozess für Rio+20 beteiligt und wird als Mitglied der österreichischen Delegation zur Konferenz fahren.

Weltnachrichten: *Im Zeitraffer gesehen: Welche Meilensteine gab es seit Rio 1992?*

More: Den Auftakt zur internationalen Umweltpolitik bildete bereits der UN-Gipfel 1972 in Stockholm. Damals gab es massive, sichtbare Umweltprobleme wie den sauren Regen – dagegen sollte gemeinsam etwas unternommen werden. Die Konferenz gab im Wesentlichen den Anstoß zu all den Umweltbewegungen und -ministerien. Auch das österreichische Umweltministerium feiert heuer sein 40-jähriges Bestehen.

Ein weiterer Meilenstein war der Brundtland Report 1987, der erstmals dazu aufrief, gemeinsam im Sinn nachhaltiger Entwicklung zu handeln. Beim Umwelt- und Entwicklungsgipfel 1992 in Rio wurde dieses Konzept mit Leben gefüllt. Die Erkenntnis hatte sich durchgesetzt: Wenn wir wirtschaftlich vorankommen wollen, geht das nicht ohne Umwelt und Soziales. Ergebnisse in Rio waren die 27 Rio-Prinzipien, die Agenda 21, die Klimarahmenkonvention, die Biodiversitätskonvention, die Konvention gegen Wüstenbildung und die Forstprinzipien. Johannesburg 2002 war dann als hochrangiger Folgegipfel von Rio geplant. Nachdem ein umfangreicher, globaler umweltrechtlicher Rahmen in den 90er-Jahren geschaffen worden war, ging es dort vor allem um die Umsetzung, daher auch „Plan of Implementation“ als Resultat dieser Konferenz.

Weltnachrichten: *Gibt es Fortschritte bei der Umsetzung?*

More: Nehmen wir die Klimarahmenkonvention: In diesem Bereich ist national und regional viel passiert. Vor 20 Jahren waren Klimafragen noch gar kein großes politisches Thema. Seit dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen vor drei Jahren sind die Ambitionen auf internationaler Ebene zwar etwas abgeflacht, was zum Teil auch der Wirtschaftskrise zuzuschreiben ist. Dennoch werden wir das globale Ziel des Kyoto-Protokolls zur Treibhausgasreduktion erreichen, obwohl sich die größten Verursacher nicht daran betei-

gen. Auch die EU wird ihr Soll erfüllen. Klar ist aber auch, dass wir für die Zeit nach 2012 die Anstrengungen erhöhen müssen.

Ein anderes Beispiel: In Rio war Energie als wichtiger Bestandteil nachhaltiger Entwicklung noch kein Thema, in Johannesburg war der Ausbau der Erneuerbaren heiß umstritten, und es wurde letztlich kein konkretes Ziel in den Umsetzungsplan aufgenommen. Heute sind der Zugang zu Energie, Energieeffizienz sowie erneuerbare Energie fixe Bestandteile internationaler Entwicklungspolitiken, und UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon baut seine „Sustainable Energy for All Initiative“ auf diesen drei Säulen auf.

Weltnachrichten: *Wie laufen die Vorbereitungen zum bevorstehenden Gipfel?*

More: Rio+20 war eigentlich nicht als großer Gipfel, sondern vielmehr als Jubiläumsveranstaltung geplant. Diese sollte kurz und kompakt sein und sich auf wenige Themen konzentrieren. Daraus ist jetzt ein Großereignis mit Staats- und Regierungschefs geworden. Während der Vorbereitung haben sich allein unter dem Titel Green Economy viele weitere Themenfelder eröffnet. Die große Herausforderung ist jetzt, diese Vielfalt auf die wichtigsten Anliegen herunterzubrechen. Die Ausarbeitung des Schlussdokuments wird zu einem Wettlauf mit der Zeit.

Weltnachrichten: *Was erwarten Sie sich von der Konferenz?*

More: Aufgrund des mühsamen Vorbereitungsprozesses sind die Erwartungen bis jetzt generell eher gering. Ich erwarte mir von der internationalen Staatengemeinschaft ein klares Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung. Green Economy sollte nicht als Bedrohung verstanden werden, sondern vielmehr als Chance. Ich hoffe auch, dass in einigen Bereichen konkrete Maßnahmen festgelegt werden und am Ende nicht nur allgemeine Absichtserklärungen auf dem Papier stehen. ■



Verbündete im Klimaschutz

Die Geschichte von Rio+20 ist eng mit dem Klimabündnis verknüpft. Und damit auch mit mittlerweile jeder dritten Gemeinde in Österreich.

Global denken, lokal handeln“ – dieser Leitspruch des Erdgipfels 1992 in Rio war und ist auch das Motto von Klimabündnis. Die globale Partnerschaft zwischen europäischen Städten und Gemeinden und indigenen Völkern am Amazonas ist inhaltlich eng mit der UN-Konferenz von 20 Jahren verbunden. „Wir haben mitgeholfen, die Grundsätze zweier Abkommen, die aus Rio '92 hervorgegangen sind, auf kommunaler Ebene umzusetzen“, so Peter Molnar, Geschäftsführer von Klimabündnis Österreich. Wie die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll zur Verringerung des Treibhausgas-Ausstoßes setzt auch Klimabündnis auf freiwillige Vereinbarungen.

Breite Beteiligung

Die mittlerweile mehr als 1.600 Klimabündnis-Gemeinden in 18 europäischen Ländern bekennen sich zur Reduktion der CO₂-Emissionen und zum Schutz der Regenwälder. Ähnlich dem Rio-Aktionsprogramm Agenda 21 versucht auch das Klimabündnis, möglichst viele AkteurInnen in der Gemeinde ins Boot zu holen – das reicht von Vertrete-

rinnen der Verwaltung und politischer Parteien bis hin zu engagierten BürgerInnen, MultiplikatorInnen und Organisationen. Für die Umsetzung der regionalen Maßnahmen sorgt ein Arbeitskreis in den Gemeinden. „Ein Ansatz, der Früchte trägt. Die erfolgreichsten Klimabündnis-Gemeinden haben bereits seit Jahren aktive Arbeitskreise“, so Molnar.

Das Klimabündnis ist heute breit aufgestellt und umfasst 927 Städte und Gemeinden – das sind mehr als ein Drittel aller Gemeinden Österreichs.

Einsatz für den Regenwald

Die seit 1993 bestehende Partnerschaft der Föderation Indigener Völker am Rio Negro (FOIRN) mit dem Klimabündnis Österreich ist in Europa einzigartig. Dank der engagierten Arbeit vor Ort sowie der Unterstützung der Klimabündnis-Mitglieder, der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und von HORIZONT3000 wurde viel erreicht: So erhielten die Völker am Alto Rio Negro 1998 nach mehr als 500 Jahren ihre Landrechte. 110.000 km² indigenes Territorium wurden bisher anerkannt, wodurch der Regenwald und seine BewohnerInnen vor dem Zugriff von außen weitgehend geschützt sind. In mehreren Dörfern wurden interkulturelle, mehrsprachige Schulen eingeführt. Und auch politisch bekam FOIRN mehr Gewicht.

Greening statt Green Economy?

„Beim Gipfel in Rio 1992 wurde der Begriff Nachhaltigkeit geprägt. Inzwischen setzen mehr als 670 Klimabündnis-Betriebe in Österreich auf Nachhaltigkeit und zeigen, wie's geht. Bei Rio+20 schaut es allerdings so aus, als ob das Schlagwort Green Economy von großen Unternehmen und Konzernen benutzt wird und zu Greening Economy wird. Es wird nur auf einzelne sinnvolle Initiativen von Konzernen hingewiesen, während beim Umweltschutz, den sozialen Grundrechten und der fairen und gerechten Ressourcenverteilung großteils weiterhin bedeutende Defizite bestehen“, ist Peter Molnar skeptisch. ■



Interkultureller Unterricht für die indigenen Völker Amazoniens zählt zu den vielen Erfolgen der Partnerschaft zwischen Klimabündnis und FOIRN.

Hannes Höller

Klimabündnis Österreich

Für ein gutes Leben für alle

Der Erdgipfel 1992 brachte mehrere große globale Umweltabkommen auf den Weg. Trotzdem haben sich die Probleme in vielen Bereichen massiv verschärft. Österreichische Umwelt- und Entwicklungsorganisationen nehmen deshalb RIO+20 zum Anlass, bewusst zu machen, wie viele „Hausaufgaben“ auf nationaler und internationaler Ebene noch immer anstehen.

Die Initiative „RIO+20 – Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“ österreichischer Umwelt- und Entwicklungsorganisationen will konkrete Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft aufzeigen. „Für uns ist Green Economy eine Wirtschaftsweise, die zu Wohlstand für alle im Sinne eines guten Lebens innerhalb der ökologischen Grenzen beiträgt“, so Gabriele Pekny vom Ökobüro, das gemeinsam mit dem Klimabündnis Österreich für die Koordination der Initiative verantwortlich zeichnet.

Konkrete Forderungen ...

Für die zwei Hauptthemen des diesjährigen Weltgipfels – Green Economy und die Schaffung eines institutionellen Rahmens für nachhaltige Entwicklung – hat die Initiative konkrete Forderungen ausgearbeitet. Zum einen sollte jedenfalls zwischen Green Economy und Greening Economy unterschieden werden. Deshalb wird eine klare und ganzheitliche Definition von Green Economy gefordert, die sich auf den gesamten Herstellungsprozess eines Unternehmens bezieht und nicht nur auf einzelne Produktionsschritte oder Produktgruppen. Dazu zählen der ökologische und effiziente Ressourceneinsatz ebenso wie die Produktionsbedingungen – einschließlich der Einhaltung aller sozialen Standards – oder kurze Transportwege und die (Wieder)Verwertbarkeit der Materialien und Produkte.

... für Mensch und Umwelt

Hinsichtlich der Schaffung eines institutionellen Rahmens fordert die Initiative die Aufwertung des UN-Umweltprogramms zu einer eigenen Agentur sowie die Einrichtung eines Rates für nachhaltige Entwicklung. Beide müssen auch mit den nötigen finanziellen Mitteln und umfassender Handlungsbefugnis ausgestattet sein. Bei der Ausge-

staltung von Nachhaltigkeitszielen muss an bestehendes Menschen- und Umweltrecht angeknüpft werden. Es gilt sicherzustellen, dass die Ziele nicht nur für die ökologische Dimension (Wasser, Meere, Land etc.) definiert werden. Auch menschenrechtliche Verpflichtungen müssen festgeschrieben werden, die nicht durch freiwillige Selbstverpflichtungen verwässert werden dürfen. Im Sinne von Kohärenz und effektiven Ressourceneinsatzes muss es eine Verknüpfung mit den Millenniumszielen und einen UN-Entwicklungsrahmen für die Zeit nach 2015 geben.

Den eigenen Lebensstil ändern

Eine klare Richtlinie für Green Economy und die Aufwertung der UN-Programme kann den Menschen Mut machen zum notwendigen Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Aber nicht nur die anderen müssen etwas ändern: „Auch unser eigener Lebensstil muss sich an den Grundsätzen von Effizienz, Suffizienz, dem rechten Maß also, und Gerechtigkeit orientieren, anders wird die Trendumkehr zu einer umweltfreundlichen- und ressourcenschonenden Gesellschaft nicht möglich sein“, meint Peter Molnar, Geschäftsführer von Klimabündnis Österreich. Dass verantwortungsvolles Unternehmertum bereits jetzt gelebt wird, zeigt die Initiative mit konkreten Beispielen aus der Wirtschaft. ■



Koordiniert von Klimabündnis Österreich und Ökobüro in Zusammenarbeit mit der AG Globale Verantwortung und der Austrian Development Agency (ADA).

→ www.rioplus20.at



Die Initiative Rio+20 bringt viele Organisationen unter ein Dach und zeigt Wege in eine ökologische und sozial gerechte Zukunft.

In den neuen Getreidespeichern in Tebra, Burkina Faso, legen die Bäuerinnen und Bauern Reserven an.



Alles andere als sicher: die tägliche Mahlzeit

In Westafrika spitzt sich die Ernährungslage wieder zu. Dürren und Ernteaufälle, höhere Lebensmittelpreise, Armut und lokale Konflikte haben dazu geführt, dass derzeit mehr als 13 Millionen Menschen in der Region von Hunger bedroht sind. Haben die Projekte der vergangenen Jahre nicht gewirkt?

Als die Bevölkerung im Sahel vor 40 Jahren vor einer Hungerkatastrophe stand, startete die Caritas Österreich ihre Arbeit in Burkina Faso. Zentrales Thema war immer, die Lebensgrundlagen der Menschen langfristig zu sichern. Integrierter Brunnenbau, modernere Viehzucht, künstliche Speicherseen für Regenwasser, Ernährungszentren für Babys und Dorfentwicklungsprojekte veränderten die Situation der Bevölkerung nachhaltig positiv. Es zeigt sich auch, dass die Menschen durch die langfristigen und vorbeugenden Strategien bedeutend besser auf Ausnahmesituationen wie die derzeitige Ernährungskrise vorbereitet sind.

Rechtzeitig Vorsorge treffen

Ein Beispiel für erfolgreiche nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit im ökologisch sensiblen burkinischen Sahel ist das Dreijahresprogramm der Caritas zur Verbesserung der Ernährungssituation von 600 armen ländlichen Haushalten. Die Familien werden dabei unterstützt, sich besser gegen Naturkatastrophen zu wappnen. Sie erhalten etwa Schulungen in neuen, ökologisch angepassten Anbaumethoden und effizienter Viehzucht. Weiters werden Getreidespeicher gebaut, damit die Bauern und Bäuerinnen in Notzeiten auf Reserven zurückgreifen können. Die Stärkung kleinbäuerlicher Vereine unterstützt die Selbstorganisation der ländlichen Bevölkerung. Um die Ernährungssicherheit zu erhöhen, werden zusätzliche Einkommensmöglichkeiten geschaffen, etwa durch den Verkauf von Gemüse und Tieren aus der Viehzucht. In Kursen erhalten die LandwirtInnen das notwendige Wissen, um ihre Produkte besser vermarkten zu können.

Gewappnet in der Not

Die Bilanz nach einem Jahr kann sich sehen lassen: In zwölf Dörfern wurden neue Dorfkomitees gegründet oder bereits bestehende gestärkt. Die Komitees sind für die Planung und Umsetzung aller lokalen Aktivitäten zuständig und daher sehr wichtig. Zwölf Getreidebanken, 600 Kompostanlagen und Gemüsegärten helfen nun nachhaltig, die Menschen vor Hunger zu bewahren. Dies zeigte sich im Herbst 2011, als die viel zu kurze Regenzeit in weiten Teilen Burkina Fasos die aktuelle Hungerkrise einleitete und die Bauernfamilien auf Vorräte in den Getreidebanken zurückgreifen konnten. Außerdem brachten jene Felder, die mit eigenem Kompost gedüngt worden waren, zumindest kleine Erträge. Bei anderen Äckern hingegen fiel die Ernte oft völlig aus.

All dies zeigt: Hilfe kommt an und (nachhaltige) Hilfe ist möglich. Wie viele Menschen im Sahel eine Zukunft ohne Hunger haben, ist nicht nur – aber eben auch – eine Frage des Ausmaßes staatlicher Mittel für Entwicklungszusammenarbeit.

Das Dreijahresprogramm wird auch in Äthiopien und der Demokratischen Republik Kongo umgesetzt und von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit gefördert. ■

Verena Egger

Länderreferentin Burkina Faso der Caritas Tirol



Die beeindruckende Tier- und Pflanzenwelt des Semien-Mountains Nationalparks steht unter dem besonderen Schutz der UNESCO.

Das Land unter dem Vergrößerungsglas

Im äthiopischen Hochland nahe der alten Kaiserstadt Gondar liegt der Semien Mountains Nationalpark, der zum Weltnaturerbe zählt. Österreichs Entwicklungszusammenarbeit hilft den Bauern, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Eine Reportage von Adelheid Wöfl.

Das Schicksal muss Ziggy Johannes gezielt auserwählt haben. Der 27-jährige Amhare – schwarze Locken, großes Lachen – durfte an die Schule und später an die Uni gehen. „Ich hatte Glück, ich war ein schlechter Hirte, bei mir fehlten am Abend immer ein paar Ziegen“, erzählt Ziggy. Eigentlich sollte Ziggy Priester werden. Nun ist er Fremdenführer im Semien-Naturpark. Weil er schlau ist, gut reden kann und Englisch gelernt hat. Ziggy nennt sich jetzt „Mountainboy“. Obwohl ihn ja eigentlich die Welt hinter den Bergen interessiert.

Alles wirkt groß

Etwa 17.000 Touristen kommen jährlich in den Park, viele auf dem Rücken schaukelnder Esel. Das Hochland wirkt wie eine Welt unter dem Vergrößerungsglas. Die Schopfrosetten sind eine Glockenblumenart, die viel zu groß geraten ist, wie auch das Johanniskraut, das als Riesenstrauch wuchert. Auch die Schnäbel der Raben sind wuchtig. An den Hängen lagern Steinböcke mit schweren Geweihen. Die Leute um den Semien-Nationalpark mussten – seit dieser als UNESCO-Weltnaturerbe klassifiziert wurde – lernen, dass man die Tiere nicht töten und den Wald nicht abholzen darf, weil man sonst eingesperrt wird. Und sie staunen, dass Touristen Tausende Dollar bezahlen, um hier Blutbrustpaviane zu bewundern.

Von Österreich unterstützt

Bewegeti Weta hat einen sauberen Hof mit modernen Bienenstöcken und einem Apfelbaumgarten. Kürzlich hat

er zudem einen Superesel aus dem Sudan bekommen, der viel mehr aushält als die äthiopischen Esel und deshalb im Bauernhaus vor der Sonne Zuflucht nehmen darf. Er hat auch einen Superstier bekommen, den er um 30 Birr, umgerechnet 1,30 Euro, an andere Bauern „verleiht“. Denn eine Kuh vom Superstier bringt fünfmal so viel Milch.

Herr Weta wird von der Austrian Development Agency (ADA), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, unterstützt. Die ADA hilft auch, verbessertes Saatgut an die Bauern zu vergeben, um die Produktion zu steigern. Auf wissenschaftlicher Ebene gibt es eine Zusammenarbeit mit der Universität für Bodenkultur Wien. Allein in der Region Nord-Gondar haben 150.000 Haushalte von der österreichischen Hilfe profitiert. Österreich zahlt jährlich 7,3 Millionen Euro für Äthiopien.

Hohes Wachstum

In Addis Abeba betont man, dass die kleinbäuerliche Wirtschaft die Basis der Gesellschaft bleiben soll, die industrielle Landwirtschaft solle nur Ergänzung sein, sagt Vizefinanzminister Ahmed Shide. 85 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, 50 Prozent der Wirtschaftsleistung kommen von dort. Gleichzeitig prognostiziert Shide: „Die Industrie wird 2025 die Wirtschaft anführen.“ Bis dahin gibt es noch einiges zu tun. ■

Gekürzte Fassung der Reportage vom 10.4.2012 in DER STANDARD

kurznachrichten



Medien und Konflikt

Medien haben in Konfliktsituationen besondere Verantwortung. Die Berichterstattung aus Krisenregionen kann informieren, sensibilisieren oder auch manipulieren. JournalistInnen können Demokratie und Menschenrechte fördern, aber auch für Verhetzung instrumentalisiert werden. „Radio Télévision Libre des Mille Collines“, das vor und während des Genozids in Ruanda 1994 Hasspropaganda verbreitete, ist dafür ein berühmtes Beispiel.

„Guter Journalismus hat immer den Frieden im Sinn“, betont der ehemalige ZDF-Chefredakteur Nikolaus Breder. Die Möglichkeiten zu engagierter und friedensfördernder Berichterstattung sind je nach Konfliktphase unterschiedlich. Diese können durch massive Einschränkungen der Pressefreiheit, die Verletzung der Menschenrechte oder sogar gewaltsame Unterdrückung stark beeinträchtigt werden. Dennoch finden mutige JournalistInnen meist einen Weg, durch ihre Artikel EntscheidungsträgerInnen zu beeinflussen und so einen Beitrag zu Konfliktlösungen zu leisten. Ihr Schutz ist daher auch ein Schwerpunkt der österreichischen Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der UNO.

Inwieweit sollen JournalistInnen in einem Konflikt eine aktive Rolle einnehmen? Friedensjournalismus versteht sich als Form von „anwaltschaftlicher“ Berichterstattung. Dabei geht es nicht nur darum, Konfliktursachen darzustellen, sondern auch mögliche friedliche Lösungen aufzuzeigen und eine vermittelnde Rolle einzunehmen. ■

Dominique Mair

Konfliktprävention und Friedenssicherung in der ADA

Dem Thema „Medien, Konflikt und Menschenrechte“ widmet sich die Austrian Development Agency in ihrer Veranstaltungsreihe DialogEntwicklung am 4. Juli in der Diplomatischen Akademie Wien.

→ www.entwicklung.at

ADA und OeEB bündeln ihre Kräfte

Das Programm Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wird weiter gestärkt: Mit zusätzlich 3 Millionen Euro der Oesterreichischen Entwicklungsbank (OeEB) wird künftig das Engagement von Österreichs Wirtschaft in Afrika, Asien, Lateinamerika, Ost- und Südosteuropa noch besser unterstützt. Schon in den vergangenen sechs Jahren förderte die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, rund 70 Unternehmensprojekte mit entwicklungspolitischem Mehrwert mit insgesamt 20 Millionen Euro.

Die Wirtschaft profitiert von dieser Kooperation doppelt: Durch mehr Fördermittel und die gebündelte Kompetenz von ADA und OeEB. Das Büro für Wirtschaftspartnerschaften in der ADA ist die zentrale Anlaufstelle und bietet kompetente Beratung, gute Kontakte und Zuschüsse bis zu 200.000 Euro, in besonderen Fällen bis zu 500.000 Euro. Das bringt weniger Risiko und höhere Gewinnchancen für die Unternehmen und bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung im Zielland. Wirtschaftspartnerschaften sind in jedem Entwicklungs- und Schwellenland möglich. ■

→ www.entwicklung.at/wirtschaft





personalia

Gemeinsam mehr bewirken

Wasserversorgung und Siedlungshygiene, erneuerbare Energie und ländliche Entwicklung stehen in einem engen Wirkungszusammenhang (Nexus). Maßnahmen in einem der Sektoren wirken sich meist auf die anderen aus und sind daher gut aufeinander abzustimmen. Wer dafür in der **Austrian Development Agency** und der **Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit im Außenministerium** sorgt, stellen wir Ihnen hier vor.

**Austrian Development Agency,
die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit**



v.l.n.r.: Hannes Bauer (Energie), Waltraud-Maria Rabitsch (ländliche Entwicklung, Armutsminderung), Erwin Künzi und Elisabeth Sötz (Umwelt und natürliche Ressourcen), Robert Burtscher (Wasser)

**Österreichische Entwicklungszusammenarbeit
im Außenministerium**



v.l.n.r.: Manfred Schnitzer (Ernährungssicherheit und Infrastruktur), Franz Breitwieser (Umwelt und Entwicklung), nicht im Bild: Wolfgang Moser (Energie)

impresum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Zelinkagasse 2, 1010 Wien, Österreich, oeza.info@ada.gv.at, www.entwicklung.at, DVR 0000060. **Konzept, Gestaltung und Produktion:** Grayling Austria GmbH. **Redaktion:** Claudia Gruber (f.d.l.v.), Sabine Krings, Birgit Brandner. **Titelfoto:** shutterstock/Perrush. **Layout:** design.ag, Alice Gutleder. **Druck:** AV+Astoria, 1030 Wien. Verlagsort: 1010 Wien. Juni 2012. Die Weltnachrichten sind kostenlos. Bestellung: oeza.info@ada.gv.at oder www.entwicklung.at (Newsletter abonnieren).